

Anträge zum Landesparteitag DIE LINKE Baden-Württemberg 2./3. April 2022

A1 Ostermärsche unterstützen

Antragssteller: LAG Frieden die Linke BaWü

Antragstext:

Die Linke Baden Württemberg unterstützt die landesweiten Ostermärsche und ruft ihre Mitglieder auf, sich an diesen aktiv zu beteiligen.

Begründung:

Die Ostermärsche sind das größte friedenspolitische Event des Jahres und für uns als Linke eine gute Gelegenheit um uns und der Friedensbewegung zu zeigen, das die Friedenspolitik ein wichtiger Teil unserer politischen Arbeit ist. Ob drohende Kriegsgefahr, Aufrüstung, Auslandseinsätze und Missionen, Militärmanöver, Rüstungsexporte, nukleare Teilhabe, Anschaffung von bewaffnete Drohnen und das massive werben von Rekruten, all dies können wir auf den Ostermärschen thematisieren. In Baden Württemberg gibt es immer mehr Städte die einen Ostermarsch organisieren, wo wir uns einbringen können; gern unterstützt die LAG Frieden euch vor Ort mit Flyer, Broschüren und Transparenten.

A2 Nein zum Tag der Bundeswehr

Antragsteller: LAG Frieden Kontakt Thomas Haschke
Sprecher LAG Frieden die Linke BaWü)

Antragstext:

Die Linke Baden-Württemberg unterstützt die Proteste gegen des sogenannten „Tag der Bundeswehr“ am 25.6.2022 in Stetten a.k.M. und ruft ihre Mitglieder auf sich an diesen zu beteiligen.

Begründung:

Die letzten zwei Jahre ist der Tag der Bundeswehr wegen Corona ausgefallen bzw. wurde nur digital durchgeführt, das Interesse daran war trotz großer finanzielle Ausgaben eher mau, was auch gut so ist. Leider will die Bundeswehr dieses Jahr wieder auf Spektakeltour gehen, sie hat es auch dringend nötig, fast wöchentlich ein neuer Skandal zwecks Rechter Umtriebe, jeden Tag sinnlose Verschwendung von Steuergeldern in sinnlose tödliche Rüstungsgüter und da die Armee nicht wie gewohnt Rekruten ködern konnte, haben sie etwa 20.200 Dienstposten unbesetzt (18%). Deswegen will die Bundeswehr den sogenannten Tag der Bundeswehr am 25.6.2022 mit insgesamt 16 Standorten durchführen, davon auch in Stetten am kalten Markt in Baden-Württemberg. Schon vor 6 Jahren gab es das Ereignis in Stetten, wo wir der Bundeswehr einen bunten vielfältigen Protest in und vor den Militärgelände entgegen schlug, aber auch ein bundesweiten Skandal sorgte für Aufregung <https://www.welt.de/politik/article156201247/Bundeswehrsoldaten-lassen-Kinder-mit-Waffen-hantieren.html>
Lasst uns gemeinsam ein friedliches Zeichen in Stetten gegen das Militärfest setzen.

A3 Glaubwürdigkeit in der Regierungspolitik

Antragssteller: Antikapitalistische Linke Baden-Württemberg, i.A. Werner Ott

Der Landesparteitag möge beschließen:

Regierungspolitik in Berlin beschädigt Glaubwürdigkeit

„Keine Koalition ohne Umsetzung des Volksentscheids“, das war die klare und richtige Ansage der Kampagne „Deutsche Wohnen und Co enteignen“. Dennoch regiert DIE LINKE in Berlin mit SPD und Grünen, die die Enteignung ablehnen und mit der Einsetzung einer Expertenkommission eine Verzögerungstaktik zur Verhinderung des Volksentscheids fahren.

In Bezug auf die Berliner S-Bahn vertritt der Koalitionsvertrag unvereinbare Ziele. Auf der einen Seite wird die Kommunalisierung angestrebt, auf der anderen Seite die Ausschreibung der S-Bahn fortgesetzt. Die LINKE Baden-Württemberg befürchtet, dass dies ein Versuch ist, der Opposition gegen eine Zerschlagung der Berliner S-Bahn den Wind aus den Segeln zu nehmen, um sie dann doch durchzuführen, indem man erklärt, man habe vergeblich über eine Kommunalisierung verhandelt.

Sie bittet die Berliner Genoss*innen, im Interesse der bundesweiten Glaubwürdigkeit der Partei die Koalition zu verlassen, sofern ein entsprechender Beschluss gefällt wird.

Begründung:

1. In Bezug auf die Enteignung von Deutsche Wohnen & Co gab es nicht nur eine eindeutige Positionierung im Wahlprogramm, sondern auch eine Unterstützung durch den Volksentscheid, die größer war als die Zweitstimmen für alle drei Koalitionsparteien zusammengenommen.
2. Das Erfurter Programm von 2011 hat eindeutig erklärt: „Privatisierungen öffentlicher Verkehrsunternehmen lehnen wir ab.“ Im Berliner Wahlprogramm vom 24. April 2021 hieß es ebenso eindeutig: „Eine Zerschlagung der S-Bahn und den Einzug privater Kapitalinteressen in Betrieb und Instandhaltung der Berliner S-Bahn tragen wir im Sinne der Millionen Fahrgäste und der Beschäftigten nicht mit.“ Die Deutsche Bahn als bisheriger Betreiber der zur Ausschreibung anstehenden Bereiche tritt gemeinsam mit einem privaten Konsortium aus Stadler und Siemens für die Vergabe der Beschaffung und Instandhaltung der Waggons an. Selbst wenn die DB den Zuschlag erhält, wäre es also eine Teilprivatisierung. Wenn andere Bewerber*innen den Zuschlag erhalten, wäre es zusätzlich eine Zerschlagung des einheitlichen S-Bahn-Netzes. Deshalb ist eine Kommunalisierung die einzige Lösung, wie sie die LINKE Berlin auch im Wahlprogramm gefordert hatte.
3. Die Propaganda, dass Privatisierung mehr Wettbewerb bedeute, ist bei der Berliner S-Bahn besonders absurd. Es gibt einen Wettbewerb bei der Vergabe, aber auf jeder einzelnen Strecke fährt weiterhin ein einzelner Anbieter. Das heißt, dass der Wettbewerber den Zuschlag kriegt, der das „günstigste“ Angebot abgibt, weil er den schlechtesten Tarifvertrag anwenden will, weil er schlechtere Arbeitsbedingungen, schlechtere Umweltstandards, schlechteren Service anbietet oder schlicht und einfach das Angebot nicht seriös gerechnet ist. Aufgabe der LINKEN ist es, diese Heuchelei zu entlarven. Daran wird sie aber durch Rücksicht auf Koalitionspartner (insbesondere die Grünen) behindert, die sich an dieser Propaganda beteiligen.

4. Eines der größten Probleme der Partei ist ihre Glaubwürdigkeit. Wenn Landesverbände Maßnahmen in Regierungen mittragen, die durch das bundesweite Grundsatzprogramm und ihr eigenes Wahlprogramm ausgeschlossen sind, beeinträchtigt das die bundesweite Glaubwürdigkeit der Partei.

P1 Für mehr Transparenz im Landesverband

Antragssteller: Mitgliederversammlung KV Breisgau-Hochschwarzwald, Flora Baumgärtner (Konstanz), Antje Behler (Konstanz), Daniel Schröder (Konstanz), Justin Niebius (Ostalb), Jan Werner (Ravensburg)

Antragstext: Der Landesparteitag fordert den Landesvorstand dazu auf, alle Anträge welche an den diesen und die nächsten Landesparteitage gestellt werden spätestens 4 Wochen nach dem Landesparteitag entsprechend ihrem Status auf der Website der Landespartei mit den entsprechenden Kennzeichnungen (angenommen, abgelehnt, überwiesen an welches Gremium) darzustellen. Weiter fordert der Landesparteitag den Landesvorstand ebenfalls dazu auf, alle künftigen Beschlüsse des Landesausschusses und des Landesvorstandes auf der Website darzustellen.

Begründung: Es muss jedem einfachen Mitglied möglich sein alle Beschlüsse der Landesgremien einfach online nachzuvollziehen. Dies ist aus unserer Sicht eine Selbstverständlichkeit für eine emanzipatorische und demokratische Partei und steht bezüglich der Beschlüsse des Landesvorstandes so auch in unserer Satzung drin (siehe §30 Abs. 5).

Bisher findet eine solche Kommunikation nicht statt, obwohl sie in der Landessatzung explizit gefordert wird, wie hier nachfolgend aufgeführt:

Landesvorstand (§22 (8) Landessatzung):

Der Landesvorstand ist gegenüber dem Landesparteitag rechenschaftspflichtig. Über seine Arbeit und Beschlüsse sind der Landesausschuss, und im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit alle Mitglieder des Landes- und ggf. des Jugendverbandes umfassend zu unterrichten.

Landesausschuss (§23 (2) Landessatzung):

Der Landesausschuss fördert und unterstützt die Zusammenarbeit der Kreisverbände. Er soll Initiativen ergreifen und unterstützen, die diesem Ziel dienen. Er gewährleistet die gegenseitige Information und die Koordination zwischen den Kreisverbänden, dem Landesvorstand und der Landtagsfraktion, insbesondere bei Kampagnen und Wahlen.

Zusätzlich heißt es zur innerparteilichen Transparenz in §30 Landessatzung:

(1) Die Organe der Partei beraten sowohl auf Landesebene als auch auf Kreisebene grundsätzlich parteiöffentlich.

[...]

(5) Auf der Homepage der Partei werden alle Termine des geschäftsführenden Landesvorstands und alle Termine und Beschlüsse des Landesvorstands rechtzeitig bzw. zeitnah veröffentlicht.

P2 Wechselnde Ort für Parteitage

Antragssteller: Mitgliederversammlung KV Breisgau-Hochschwarzwald, Flora Baumgärtner (Konstanz), Antje Behler (Konstanz), Daniel Schröder (Konstanz), Justin Niebius (Ostalb), Jan Werner (Ravensburg)

Antragstext:

Der Landesparteitag tagt künftig an wechselnden Orten. Dabei werden alle vier Regierungsbezirke berücksichtigt.

Begründung:

Der Landesparteitag der LINKEN. Baden-Württemberg tagt seit Gründung des Landesverbands bisher ausschließlich in und um Stuttgart. Ein regelmäßiger Wechsel des Tagungsorts bietet eine Vielzahl von Chancen und erhöht die landesweite Sichtbarkeit der LINKEN.

Parteiaufbau und der ländliche Raum sind Themenstellungen, die unseren Landesverband regelmäßig umtreiben. Einigkeit herrscht in aller Regel darin, dass wir auch außerhalb der Großstädte Präsenz zeigen müssen. Wie wichtig die Präsenz im ländlichen Raum ist, hat sich bei der Landtagswahl im letzten Jahr noch einmal deutlich gezeigt:

Die guten Ergebnisse in den urbanen Zentren konnten fehlende Aktive und Verankerung in den ländlicheren Gebieten leider nicht ausgleichen.

Eine Partei, die jedoch in den Landtag einziehen will, muss auf das Land zugehen.

Mit Sitzungen des Parteitags jenseits der Landeshauptstadt binden wir einerseits die jeweiligen Kreisverbände stärker in die Landespolitik ein und erhöhen andererseits die Chancen auf mediale Sichtbarkeit der LINKEN insbesondere in lokalen Presseergebnissen.

DIE LINKE. Baden-Württemberg ist nicht nur neben der FDP die einzige größere Partei im Land, die ihre Parteitage stets in derselben Stadt austrägt, sie ist auch der einzige Landesverband der LINKEN in einem deutschen Flächenland, der dies tut. Die starke Zentrierung des Landesverbands auf den Großraum Stuttgart trennt viele Basismitglieder in den ländlicheren Kreisverbänden von der Landespolitik – und es trennt die Landespolitik der LINKEN von den ländlichen Regionen. Unsere politische Konkurrenz im Land zeigt, dass es möglich ist, einen Parteitag etwa in Mannheim (CDU), Freiburg (SPD), Heidenheim (Grüne) oder Karlsruhe (FDP) auf die Beine zu stellen. Warum schaffen wir es also nicht, zumindest mal in Freiburg, Mannheim und Tübingen zu tagen?

Vom Landesvorstand wird ein wechselnder Tagungsort vor allem aus finanziellen Gründen abgelehnt. Zum einen bieten aber zumindest die Großstädte eine ähnlich gute Infrastruktur und Anbindung. Zum anderen dürfen wir diese Frage jedoch nicht nur finanziell betrachten. Viel wichtiger ist das politische Zeichen, das von dieser Entscheidung abhängt: Beschränken wir uns auf den Speckgürtel oder gehen wir selbstbewusst hinaus ins Land und setzen auch ein deutliches Signal der Unterstützung für unsere GenossInnen im Land. Zeigen wir Präsenz in ganz Baden-Württemberg.

S1 Antrag zur Wahlordnung

Antragssteller: Mitgliederversammlung KV Breisgau-Hochschwarzwald, Flora Baumgärtner (Konstanz), Antje Behler (Konstanz), Daniel Schröder (Konstanz), Justin Niebius (Ostalb), Jan Werner (Ravensburg)

Zu ersetzender Text:

§4 Abs.(5)

„Wurde ein landesweiter Delegiertenwahlkreis gebildet, ist jeder der vier Wahlgänge auf dem Wahlzettel in regionale Blöcke zu untergliedern. In jedem Block sind die (Ersatz-) Delegierten zu wählen, die das jeweilige Gebiet repräsentieren sollen. Bei jedem Wahlgang und für alle Blöcke sind sämtliche Mitglieder der Delegiertenversammlung stimmberechtigt.“

Ersetzen durch:

„Wurde ein landesweiter Delegiertenwahlkreis gebildet, ist jeder der vier Wahlgänge auf dem Wahlzettel in regionale Blöcke zu untergliedern. In jedem Block sind die (Ersatz-) Delegierten zu wählen, die das jeweilige Gebiet repräsentieren sollen. Bei jedem Wahlgang ist gesondert nach Gebietsblock abzustimmen. Stimmberechtigt sind nur die Delegierten aus dem jeweiligen Block.“

Begründung:

Die Bundesparteitagsdelegierten in den Regierungsbezirken sollten auch die Regierungsbezirke repräsentieren. Es erschließt sich demokratiethoretisch nicht, warum beispielsweise Lörracher Delegierte über die Bundesparteitagsdelegierten in Nordwürttemberg oder Ravensburger Genoss*innen über die Vertreter*innen in Nordbaden abstimmen sollten.

Bereits 2020 wurde auf dem damaligen Landesparteitag über eine basisdemokratischere Methode zur Wahl der BPT-Delegierten diskutiert. Damals wurde der Vorschlag, die Delegierten auf regionalen Mitglieder-Konferenzen in den jeweiligen Regierungsbezirken zu wählen, abgelehnt. Begründet wurde dies damit, dass einzelne Gruppierungen explizit zu diesen Konferenzen mobilisieren könnten und die Mehrheitsverhältnisse somit nicht mehr abgebildet wären. Dies wird nun durch den neuen Vorschlag gelöst: Es bleiben weiterhin die Landesparteitagsdelegierten für die Wahl zuständig und eine regionale Verteilung bleibt gewährleistet. Künftig können aber nur noch die Kreisverbände im jeweiligen Regierungsbezirk über dessen Delegierte entscheiden. Dies hätte den Vorteil, dass regionale Gegebenheiten und Interessenverteilungen besser abgebildet werden können.